Deutscher Bundestag
11. Wahlperiode

Drucksache 11/2985

27. 09. 88

Antrag

der Fraktion DIE GRÜNEN

Unterstützung für die Bemühungen um Aufklärung der Menschenrechtsverletzungen in Chile und um Gerechtigkeit für ihre Opfer

In Chile haben zahlreiche Menschenrechtsorganisationen mit einer Kampagne „Nein zur Straffreiheit" – gemeint ist die Straffreiheit für jene, die sich schwerer und schwerster Menschenrechtsverletzungen schuldig gemacht haben – begonnen. Dies geschieht zu einer Zeit, in der die Militärdiktatur mit Maßnahmen wie der Aufhebung des Ausnahmezustandes und des Rückkehrverbotes für Exil-Chilenen/innen ihr Ansehen in der Weltöffentlichkeit zu verbessern trachtet. Es ist nicht ausgeschlossen, daß die Pinochet-Diktatur noch vor dem Plebiszit eine Amnestie erläßt, von der dann einige politische Gefangene profitieren werden, die aber in jedem Fall zum vorrangigen Ziel die Selbstamnestierung der Sicherheitskräfte haben wird. Die Frage des Umgangs mit den Schuldigen für die Menschenrechtsverletzungen in den 15 Jahren der Militärdiktatur wird in jedem Fall und unabhängig vom Ausgang des Plebiszites auf der Tagesordnung stehen.

Die chilenischen Menschenrechtsorganisationen haben deshalb auch die mittlerweile 18 politischen Parteien, die ihre Mitglieder und Anhänger/innen aufgerufen haben, bei dem auf den 5. Oktober 1988 anberaumten Plebiszit mit „Nein" (Nein zu Pinochet) zu stimmen, aufgefordert, eine Erklärung abzugeben, daß sie gegen Straffreiheit für Menschenrechtsverbrechen und für die Aufklärung der Menschenrechtsverletzungen und die Gerechtigkeit für deren Opfer eintreten werden. Mit Ausnahme der Christdemokratischen Partei Chiles haben die Parteien des „Nein" eine entsprechende Erklärung unterzeichnet.

Der Bundestag wolle beschließen:

Der Deutsche Bundestag spricht sich aus für eine umfassende Aufklärung aller unter der Militärdiktatur in Chile begangener Verbrechen gegen die Menschenrechte und für Gerechtigkeit für deren Opfer.

Der Deutsche Bundestag spricht sich gegen jeden Versuch aus, sich mit der Diktatur auf der Grundlage des Vergessens und Vergebens, der Straffreiheit für Angehörige der Sicherheitskräfte, die

für Menschenrechtsverletzungen verantwortlich sind, zu arrangieren, weil die Lüge und das komplizenhafte Verschweigen der Wahrheit keine Grundlage abgeben für Demokratie und nationale Aussöhnung.

Der Deutsche Bundestag bringt diese Sorge und Mahnung zum Ausdruck im vollen Bewußtsein der eigenen Erfahrungen im Umgang mit Kriegs- und Menschenrechtsverbrechen in der Nachkriegszeit Deutschlands.

Der Deutsche Bundestag ermuntert die politischen Parteien Chiles, die sich zur Aufklärung der Menschenrechtsverletzungen und zum Einsatz für Gerechtigkeit für deren Opfer verpflichtet haben, diese Verantwortung konsequent, ernsthaft und nachhaltig zu tragen.

Der Deutsche Bundestag ermuntert die Christdemokratische Partei Chiles, in demselben Geiste sich der entsprechenden Erklärung der Parteien der Opposition anzuschließen.

Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf, die Kampagne „Nein zur Straffreiheit" moralisch, politisch und materiell zu unterstützen.

Bonn, den 27. September 1988

Dr. Lippelt (Hannover), Frau Schmidt-Bott, Frau Vennegerts und Fraktion

Druck: Thenée Druck KG, 5300 Bonn, Telefon 23 19 67
Alleinvertrieb: Verlag Dr. Hans Heger, Postfach 20 13 63, Herderstraße 56, 5300 Bonn 2, Telefon (02 28) 36 35 51
ISSN 0722-8333